

Karl-Friedrich Weber

Freiraumsicherung und grünes Wachstum – ein Essays 30.4.2024

Als im März des Jahres 2023 nach einem 30-stündigen Abstimmungs-marathon die Vertreter der Bundesregierung Olaf Scholz, Robert Habeck und Christian Lindner vor die Kameras traten, verkündete Wirtschaftsminister Robert Habeck: „Ziel der Bundesregierung ist Wohlstand für alle durch grünes Wachstum.“ Wenn wir derartige Sätze ernst nehmen wollen, müssen wir analysieren, welche Botschaften sie an die Bevölkerung richten sollen. Es geht in diesem Satz um den Menschen und um einen ethisch und moralisch gerechtfertigten Nutzungsanspruch, der mit Wohlstand umschrieben wird; weil wir Menschen als das Ergebnis eines evolutionsbiologischen Prozesses nun einmal da sind, mit einem unabweisbaren Nutzungsbedarf an Naturgütern. Es geht aber auch um einen Generationenvertrag einer Sicherung dauerhafter Ressourcennachhaltigkeit der Menschheit, die den begrenzten naturgesetzlich vorgegebenen Rahmen längst gesprengt hat und deshalb nach Lösungen suchen muss.

Und da steht nun dieser Satz: Wohlstand für alle durch grünes Wachstum. zum politischen Ziel erklärt zu einem Zeitpunkt, an dem die Notwendigkeit der Entwicklung einer Postwachstumsgesellschaft zunehmend erkannt wird und den gesellschaftlichen Diskurs beeinflusst. Der Agenda 2000-Prozess am Beginn des neuen Jahrtausends prägte das Postulat eines guten Lebens für alle Menschen dieser Erde. Es wurde verstanden als ein Wohlstandsbegriff, der in einer Wachstumsgesellschaft der Sicherung eines bestimmten Bedarfes dient, erzeugt und maßgeblich gesteuert von einer Marketing-Industrie, die Menschen zu Verbrauchern oder Konsumenten macht, weil kapitalistische Wirtschaftssysteme ohne Wachstum kollabieren würden. Damit das mit den Nachhaltigkeitsbedingungen der Zukunftsmodelle in Einklang gebracht werden kann, wird alles mit dem Adjektiv „grün“ belehnt.

Der Betriebswirt und Unternehmensethiker Daniel Deimling bewertet diese Haltung: „Die Idee des grünen Wachstums ist attraktiv, weil weder an den Strukturen des Wirtschaftssystems gerüttelt wird, noch unser Lebenswandel verändert werden muss. Indes entbehrt die Vision jeder empirischen Grundlage. Die einfallslose, reflexartige Antwort auf die mittlerweile unübersehbaren ökologischen Probleme, die das Innovationsgetriebene im

Wachstum der letzten 50 Jahre hervorgebracht hat, lautet: Wachstum durch Innovation! Genauer gesagt: grünes Wachstum durch grüne Innovationen!“ Wachse jedoch die Wirtschaft, wachse die Produktion, wachse der Konsum, wachse der Ressourcen- und Flächenverbrauch und der Abfall.

Deimlings Resümee: „Wir können uns gerne darauf einigen, dass wir es mit der Nachhaltigkeit einfach bleiben lassen, wir auf nichts verzichten wollen und unsere Wirtschaft weiter wachsen soll wie bisher. Dann lasst es uns aber auch klar aussprechen. Unerträglich sind die Heuchelei und das Gerede vom grünen Wachstum.“ Wenn es aber grünes Wachstum nicht gebe, könne nur eine Schrumpfung des weltweiten Bruttoinlandsprodukts unsere Zukunft sichern

Einer der profiliertesten Wachstumskritiker Deutschlands ist der Ökonom Nico Paech, Professor an der Universität Siegen. Er stellt fest, dass es bislang mit wenigen Ausnahmen nie gelungen sei, ein Umweltproblem technisch zu lösen, zumindest bei ganzheitlicher Betrachtung aller umweltrelevanten (Neben-) Wirkungen der dabei eingesetzten Mittel. Solange die Gesetze der Thermodynamik gelten, lassen sich auf einem endlichen Planeten keine neuen Freiheiten aus dem Nichts schöpfen; auch nicht mittels erneuerbarer Energieträger. In einem Interview der Braunschweiger Zeitung vom 29. Juni 2022 antwortete er auf die Frage des Redakteurs Andreas Eberhard, warum die Technik uns nicht retten könne: „Unser Planet hat die unangenehme Eigenschaft, dass auf ihm die Gesetze der Thermodynamik gelten. Es zählt zu den traurigsten Irrtümern des modernen Zeitalters zu glauben, dass wir über kluge Innovationen stetig steigenden materiellen Wohlstand aus dem Nichts – also ohne ökologische Zerstörung – schöpfen können. Weder CO₂-neutraler Stahl, noch E-Autos sind umweltfreundlich, sie sind nur auf andere Weise umweltschädlich. Die Flächen, die es braucht, um den nötigen Strom zu erzeugen, bedeutet, den letzten Rest an Natur zu zerstören. Wir verlagern das Problem nur von einem Aggregatzustand in einen anderen.“

Die Wirtschaft soll wachsen und gleichzeitig nachhaltig werden. Dabei erzeugt der Kapitalismus nicht nur einmalig Wachstum. Das System muss stetig wachsen, um stabil zu bleiben. Deshalb wurde das „grüne Wachstum“ ausgerufen, also ein Wachstum mit grüner Energie und steigender Energieeffizienz. Als Maß dafür dient das Bruttoinlandsprodukt, das seit 1990 um 43 % gestiegen, der Primärenergieverbrauch im selben Zeitraum um 11 % gesunken ist. Auf diese Weise möchte Deutschland kapitalistisches Wirtschaften ermöglichen und gleichzeitig die Erderhitzung stoppen, so der taz-

Autor Nick Reimer. Ob das tatsächlich gelingen kann, hat eine Studie untersucht, die im Fachjournal „The Lancet Planetary Health“ veröffentlicht wurde. Darin verglichen die Autoren Jefrim Vogel von der University of Leeds und Jason Hickel von der Universität Barcelona die im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Reduktionsziele von 36 Industriestaaten mit ihren tatsächlichen Emissionen. Ergebnis: kein Land mit hohem Einkommen hat das erreicht, was man zu Recht als grünes Wachstum bezeichnen könnte. „Nichts an dem wirtschaftlichen Wachstum dieser Länder ist grün“, so Hauptautor Vogel. Im Schnitt würde es laut Studie noch rund 220 Jahre dauern, bis die Emissionen dieser Staaten um jene 95 % reduziert werden, die im Pariser Klimaabkommen bis 2050 beschlossen sind.

Wenn die Autoren Recht behalten, können wir die Klimawende mit einem „weiter so – bloß in grün“ nicht schaffen. Während die Frage einer nachhaltigen Energiebereitstellung und ihrer Folgewirkungen für demnächst 10 Milliarden Menschen auf unserem Planeten die vordergründige Debatte beherrscht, gilt das nicht in gleichem Maße für die Bewahrung der biologischen Vielfalt und ihrer naturgesetzlichen Voraussetzungen. Wir Menschen stehen von der ersten sich selbstreproduzierenden Mikrobe vor etwa 3,5 Milliarden Jahren bis heute und für alle kommenden Zeiten unserer Existenz in einem evolutionsbiologischen Entwicklungsprozess. Wir können ihm durch technische Innovationen oder gesellschaftliche Anpassungen nicht entgehen. Folgerichtig müsste die Beachtung und Sicherung dauerhafter Leistungsfähigkeit und Robustheit globaler wie auch lokaler Ökosysteme strikte Grenzbedingung für alle politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sein. Warum das nicht so ist, hat viele Gründe. Einer ist das fehlende Bewusstsein für deren naturgesetzlichen Charakter. Es führt zu den falschen Gewichtungen von Belangen, die zum Gegenstand täglicher gesellschaftspolitischer Entscheidungsprozesse gemacht werden. Eine der Ursachen dieser Fehlentwicklung dürfte in einem Denken wurzeln, das im zivilisatorischen technischen Entwicklungsprozess zeitweise erfolgreich war, inzwischen aber seine dunklen selbstzerstörerischen Seiten offenlegt.

Mit dem Hinweis des Ökonomen Nico Paech auf die physikalischen Grenzbedingungen der Thermodynamik exponiert sich dieser als ein Rufer in der Wüste seiner Fachwelt. Dabei ist diese Erkenntnis allgemeines Schulwissen. Der Physiker und Hochschullehrer Henrik Nordborg erklärt die Entropie und deren Bedeutung im zweiten Hauptsatz der Thermodynamik damit, dass die

Komplexität eines Systems mit der Zeit abnimmt. Diese fundamentale naturgesetzliche Tatsache ist den meisten Entscheidern in Politik und Wirtschaft nahezu unbekannt. Das Prinzip der Entropie, nachdem alles in kleinere und einfachere Teile zerfällt bedeutet, dass es unmöglich sei, etwas komplexes herzustellen, ohne mindestens gleichviel Komplexität irgendwo anders zu vernichten. Die Herstellung eines Autos oder eines Smartphones erfordere die irreversible Zerstörung der Umwelt. Das sei kein technisch lösbares Problem, sondern eine direkte Konsequenz der Thermodynamik. Nur Pflanzen schafften es, lange an einem Ort zu leben, ohne diesen zu zerstören. Nordborg: „Ohne Lärm und Abgase werden große Mengen Sonnenenergie eingefangen und genutzt, um Zucker aus Kohlendioxid und Wasser herzustellen. Ein komplexes Ökosystem entsteht, ohne dass irgendwo sonst auf der Erde etwas zerstört werden müsste. Die Kreislaufwirtschaft ist vollständig umgesetzt, weil als einziges Abfallprodukt Wärmestrahlung entsteht, die ins Weltall abgegeben werden kann. Aus thermodynamischer Sicht erhöht ein Wald die Komplexität oder die Vielfalt der Erde.“ Eine Technologie sei nur dann nachhaltig, wenn sie die Entropie der Erde reduziere oder zumindest nicht erhöhe. Das könne nur die Photosynthese.

Treffen die Schlussfolgerungen der Ökonomen und Physiker zu, werden die Grenzbedingungen deutlich, die durch technischen Fortschritt nicht überwindbar sind. Durch sie werden die zwei wohl wesentlichsten Überlebensvoraussetzungen beschrieben. Wir können Sie als Oberziele benennen und ihnen die Teilziele global und lokal zuordnen; zum einen die Verringerung der Entropie durch Zunahme der Komplexität von biologischer Vielfalt, die auf der Landoberfläche ihren Ausgang durch die Photosynthese und Eigendynamik von Energie- und Stoffkreisläufen nimmt; zum anderen die Erkenntnis des Spezies Mensch, dass seine Prägung als Wildbeuter in den Savannen und Kältesteppen Afrikas und Eurasiens erfolgte. Sie hat sich in ihren grundlegenden Affekten als ein evolutionsbiologisches Erbe auch in den jüngsten zwölf Jahrtausenden soziokultureller und ökonomischer Entwicklung nicht oder kaum wesentlich verändert.

Wir stehen heute vor globalen Krisen und Zusammenbrüchen – ökologisch, klimatisch, soziologisch, und wir registrieren die Folgen. Wir ordnen jedoch die Ursachen nicht unserem lokalen politischen Handeln zu. Sie bleiben in der Verdrängung merkwürdig abstrakt. Der Zusammenbruch von Biodiversität und Naturräumen findet am Amazonas oder in anderen Weltregionen statt, scheinbar nicht in unserem persönlichen Lebensumfeld. Die Welt der bunten

Vielfalt und Erscheinungen des Lebendigen, in denen Steinzeitkinder sich entwickelt haben, ist heutigen Kindern unbekannt. Die Zunahme psychischer Erkrankungen und Aggressionen, die sich in globalen Konflikten und Flüchtlingsbewegungen abbilden, kennzeichnen den Verlust des artgemäßen Lebensraumes, der als Mythos vom verloren gegangenen Garten Eden im Unterbewusstsein weiterlebt.

Böden sind die dünne lebendige Haut von Landflächen der Erde und in Jahrtausenden gewachsen. Sie sind eigentlicher Lebensraum. Werden sie überbaut und in ihrer unfassbar komplexen Struktur zerstört, ist das ein irreversibler Verlust. Die Raumordnung versucht, entgegengesetzte Ansprüche zum Ausgleich zu bringen und den Lebensraumverlust zu stoppen. Albert Einsteins Aussage, wonach Probleme niemals mit derselben Denkweise gelöst werden können, durch die sie entstanden sind, bestätigt sich jedoch auch in der Raumordnung.

Die Gewichtung von Belangen unterliegt der politischen Abwägung, die regelmäßig als Durchsetzungsmöglichkeit der jeweils stärkeren politischen Interessen verstanden wird. So ist das regionale Raumordnungsprogramm des Regionalverbandes Braunschweig von 2008 und seine gegenwärtige Neuaufstellung 3.0 der Versuch, allen Nutzungsansprüchen an den Raum gerecht zu werden. Der Teil der Landoberfläche, der nicht durch Urbanität geprägt ist, wird als ein Freiraum bezeichnet, in dem die zu sichernden Oberziele ökologischer, klimatischer und psychischer Funktionen für die Menschen als weiche Faktoren verstanden werden, die nicht monetarisierbar sind und deren eigentlicher Wert sich im Bruttoinlandsprodukt nicht widerspiegeln. Sie werden einer naturfernen und teilindustriellen bodengebundenen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung unterordnet und auf Restflächen reduziert. Freiraumfunktionen werden der „regionalen grünen Infrastruktur in Stadtregionen“ ergänzend untergeordnet. „Diese grünen Freiräume sind auch wichtig für die Lebensqualität in einer Region. Diese ergänzen die Siedlungsbereiche, bieten Raum für Land- und Forstwirtschaft, Tiere und Pflanzen, Gewinnung von Energie und für die Erholung der Menschen.“ Dieser Satz aus dem aktuellen Freiraumentwicklungskonzept (FREK 3.0) des Regionalverbands Großraum Braunschweig liest sich wie ein KI-Text. Das Konzept beschreibt eine gemeinsame Zukunftsvision für die Freiraumentwicklung in der Region Großraum Braunschweig. Diese wird zur

Zukunftsregion Südostniedersachsen erklärt. Ein Regionalmanagement gründet Projektschmieden, in denen Projektideen entwickelt werden sollen.

Von politischen Strategen wird der Freiraum auch verstanden als Flächenfreihaltung für Vorhaben des politisch Durchsetzungsfähigsten. Die grüne Rhetorik wird laufend weiterentwickelt. Im Autobahnkreuz A2/A 39 bei Scheppau wird z. B. ein „grünes“ Gewerbegebiet im bedeutendsten Freiraum der Region von über 100 ha Größe geplant, umgeben von europäischen Schutzgebieten. Einziges Standortkriterium ist die Autobahnabfahrt Scheppau. Eine Machbarkeitsstudie soll „ergebnisoffen“ u.a. die umweltrechtlichen Widerstände prüfen. Eine unabwiesbare Notwendigkeit des Vorhabens, welche die Freiraumwerte überwiegt, muss nicht belegt werden. Das Ergebnis ist vorhersagbar. Von diesem Projekt, das exemplarisch den ganzen Widersinn von politischem Anspruch und Wirklichkeit regionaler „grüner“ Freiraumzerstörung auch andernorts widerspiegelt, wird noch zu hören sein. Hat Politik verstanden, um was es geht, wenn sie selbst unentwegt das Mantra der Transformation vor sich her trägt? Man muss da nicht allzu sicher sein.

Der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies antwortete auf seinem Besuch des Helmstedter Reviers am 22.2.2024 auf Einladung der SPD einer ZuhörerIn, die den Widerspruch von Klimaschutz und Forderung nach bodenfressenden Großgewerbegebieten in der freien Landschaft ansprach: „Ohne wirtschaftliche Entwicklung können wir uns schöne Dinge wie den Klimaschutz nicht leisten.“ (Helmstedter Sonntag vom 25.2.2024)

Das klang ganz anders, als Umweltminister und Landwirtschaftsministerin der Vorgängerregierung, Olaf Lies (SPD) und Barbara Otte-Kinast (CDU), am 25. Mai 2020 den sogenannten „Niedersächsischen Weg“ mit den Umweltverbänden und dem Niedersächsischen Landvolk vereinbarten und durch den Landtag gesetzlich festgeschrieben, wonach u.a. die Flächen-Neuversiegelung in Niedersachsen bis 2030 auf weniger als 3 ha/Tag und spätestens bis 2050 auf Netto-Null reduziert werden sollte.

Zukunftsbewältigung erfordert systemisches Denken, das wohl noch nicht zur Kernkompetenz der politischen Eliten gehört. Solange aber Politik und Gesellschaft in linear-kausalen Denkmustern befangen bleiben, die in der Phrase einer grünen Transformation weiterwirken, bleibt notwendiger Wandel eine Utopie.